

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Kleinherzige Seelen

Nicht selten bringen die Zeitungen der uns feindlichen Länder Briefe, die bei deutschen Soldaten, die das Unglück hatten, in Gefangenschaft zu geraten, gefunden wurden. Was in diesen Briefen steht, ist für uns Deutsche meistens nicht erhebend. Wäre das Gegenteil der Fall, hätten unsere Feinde an der Veröffentlichung kein Interesse. So aber sind sie geeignet, die deutschen Verhältnisse in sehr ungünstigem Licht erscheinen zu lassen, wodurch der Glaube an unseren baldigen Zusammenbruch bei den feindlichen Völkern neu belebt und sie zu weiterer Ausdehnung angespornt werden. Die Freude an solchen Briefen ist bei ihnen besonders groß, das merkt man an dem greinsenden Behagen, mit dem sie verwertet und ausgedeutet werden.

Was begegnet uns in diesen Briefen immer wieder? Eine Aufzählung all der kleinen und großen Sorgen, die der Krieg mit sich bringt, die jedermann bekannt sind. Da wird erzählt, wie bies oder jenes Lebensmittel knapp ist, daß man dies oder jenes nicht mehr erhalten kann, daß die Preise so stündlich in die Höhe geschossen sind, und daran schließt sich dann ein Gejammer, daß dies nicht mehr zu ertragen sei. Ueberhaupt die Lebensmittelfragen und die Teuerung spielen in diesen Briefen die Hauptrolle. Daneben werden dann alle zirkulierenden Gerüchte, die von irgendeinem Mesmann, und deren gibt es ja bekanntlich überall, stammen, zusammengetragen. Da werden Zweifel laut an Deutschlands endgültigem Siege und noch weit, weit Schlimmeres. Die größten Vorheiten und Unwahrscheinlichkeiten werden gläubig hingenommen, Hinweise auf den wirklichen Stand der Verhältnisse stoßen auf zweifelnde Gemüter. Und dann wird dieses den Kriegern ins Feld mitgeteilt. Merkwürdig! Woher dieser zweifelnde Glaube an der eigenen Kraft nach zweijährigem Kampf und Sieg, vor dem selbst die uns feindlichen Länder und Völker sich bewundernd beugen, wenn sie dies auch nicht überall offen zugestehen. Im Geheimen tun sie dies um so mehr. Die Presse der neutralen Länder gibt dafür um so unverhohlener der Bewunderung über Deutschlands Leistung in diesem Weltkriege Ausdruck. Es muß doch in der mangelnden Selbstständigkeit, woran unsere öffentlichen Einrichtungen nicht unschuldig sind, liegen. Und dann das Unvernünftige in der Beurteilung von vorliegenden Tatsachen und Verhältnissen. Selbst hinter die größten Erfolge wird noch ein Fragezeichen gemacht; kommen einmal ungünstige Meldungen, wie sie bei einem Krieg von derartigen Ausmaßen nicht ausbleiben können, werden sie verallgemeinert und vergrößert. Gleichsam, als ob man ein Vergnügen daran fände, sich mit solch ungünstigen Annahmen selbst zu martern. Dazu tritt ein Hang zum Zweifeln an den Mitteilungen unserer verantwortlichen Reichs- und Heeresinstanzen, dafür eine um so größere Neigung, die Aussagen unserer Feinde für bare Münze hinzunehmen. Darin kommt der unwürdige alte deutsche Hang allem Fremden gegenüber zum Ausdruck, dem er mehr glaubt und mehr zutraut, wie der eigenen Kraft und den eigenen Führern. Das ist der deutsche Erbfehler, das Fremde zu bestaunen und zu bewundern, und das eigene dabei zu übersehen oder geringwertig einzuschätzen. Unsere durch viele Monate in Feindesland stehenden Soldaten werden eine andere Meinung mitbringen. Wenn sie dazu beitragen, diese unwürdige Schwäche zu beseitigen und den Glauben an die eigene Kraft zu stärken, ein kritischeres Verhalten gegenüber fremden Verhältnissen und Dingen herbeizuführen, ein Fundament für stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein und erhöhte Selbstständigkeit allgemein im deutschen Volke zu legen, so wäre auch dies ein großer Gewinn des Krieges.

Welches ist nun der größte Schaden, der durch Briefe in hier besprochenem Sinne angerichtet wird? Zweifellos der, der beim Empfänger derselben angerichtet wird. Ziehen auch die Feinde Nutzen daraus, steht ihnen die Schadenfreude an der Stirne, die ihnen die eigenen Erschwerungen leichter tragen hilft, so ist der Schaden, der unter den eigenen Leuten angerichtet wird, ungleich höher. Man vergegenwärtige sich nur: Die Leiden und Entbehrungen des Krieges täglich an sich zu verspüren, von Not und Todesgefahr stündlich umgeben, die ohnehin vorhandenen Sorgen um die Familie, um Zukunft und Beruf, um Vaterland und alles was damit einbeglossen ist. Das ist die furchtbar harte Bürde, die jeder einzelne Krieger mit sich trägt. Er sieht das Elend der vom Krieg Betroffenen, die Not und Qualen unschuldiger Frauen und Kinder. Soll man diese Bürde noch vermehren, indem vermeintlich und tatsächlich Ungünstiges aus der Heimat den Kriegern unter Jammern und Klagen mitgeteilt wird? Man sollte meinen, wer Liebe für seine Angehörigen im Felde hat, wer auch nur ein wenig Nachdenken und Verantwortungsgesühl in sich trägt, müßte davon ablassen. Denn das wirkt niederdrückend und entmutigend auf den Krieger ein, zu den Lasten und Sorgen des Krieges treten die um die Angehörigen in der Heimat hinzu. Da wird das Leben noch viel schwerer, als es ohnehin ist.

Wird damit etwa etwas gebessert? Beileibe nicht. Nur die Sorgen werden vermehrt, manche Erbitterung geweckt, die Kampfeskraft geschwächt. Es bedeutet und wirkt als eine Stärkung des Feindes. Das geht deutlich aus seiner Freude an solchen Briefen hervor.

Die Klugheit sollte daher allein schon uns alle veranlassen, keine Klagen irgend welcher Art an unsere im Feld stehenden Brüder gelangen zu lassen. Wir sagen die Klugheit, wenn nicht schon die Liebe ausschlaggebend ist. Nicht entmutigend sollen wir durch unsere ins Feld gerichteten Briefe wirken, sondern aufrichtend und stärkend. Zeigen wir uns ebenfalls als stark, eingedenk des viel Härteren und Schwereren, das die im Felde stehenden tragen müssen. Von Mut und Hoffnung sollen unsere Briefe getragen sein. An der Stärke der Frau, an der Stärke der Daheimgebliebenen richtet sich auch schwankender Mut und geminderte Hoffnung im Felde wieder auf. Wie freuen wir uns, wenn uns Briefe aus dem Felde erreichen, die von Hoffnung getragen und mit gesundem Humor durchwürzt sind. Das belebt und richtet auf. So sollte es auch umgekehrt sein. Dem Ernste der Zeit braucht dies keinen Eintrag zu tun.

Noch ein Wort hierzu, wenn auch aus einem anderen Zusammenhange. Sicherlich trägt auch manche Zeitungskritik zur Milderung der Stimmung im Volke und an der Front bei. Maßnahmen der Regierungsbehörden werden kritisiert, Erscheinungen des Wirtschaftslebens unter die Lupe genommen, Lasten und Gewinne gegenübergestellt, insbesondere der Geist des Kriegsgewinnes wird gezeißelt. Wir glauben nicht, daß es Zeitungen gibt, die das gerne tun, weil sie die Wirkungen abmessen können und müssen. Tatsächlich befinden sie sich in einer Zwangslage. Die ungesunden Verhältnisse sehen und nichts darüber sagen, wäre niemanden erwünschter wie denen, die Vorteil davon ziehen. Die öffentliche Kritik verhindert vieles, führt zum Einsichreiten und bahnt Reformen an. Vielfach werden durch die öffentliche Kritik erst die Wege sichtbar, die zur Lösung eines brennend gewordenen Problems führen. Die angejammelte Unzufriedenheit verlangt aber unter Umständen auch das besreiende Ventil einer öffentlichen Geißelung von Missethänden. Aber bei allem ist die notwendige Vorsicht und ein der Zeit angemessener Ernst erforderlich. Immer wieder hat sich

jede Zeitung die Frage vorzulegen, ob die betreffende Kritik auch so angelegt ist, daß sie tatsächlich bessernd und nicht verbitternd wirkt. Das betrifft auch jenen Kampf, der gegenwärtig gegen unsere Reichsleitung geführt wird. Der damit angerichtete Schaden ist kaum noch gut zu machen.

Wir wollen und dürfen keine Kleinherzigen Seelen sein. Dafür ist die Zeit zu groß. Außerdem liegt auch gar keine Veranlassung dafür vor. Kein einziges der von ihnen gewollten Ziele haben unsere Feinde erreicht. Und dabei bleibt es. Ganze Männer und ganze Frauen aber fordert die Zeit. Die Lasten und Leiden werden leichter getragen, wenn dies von allen Teilen standhaft und groß geschieht. Nicht Kleinmut und Verzagttheit darf sich in unserem Tun und Lassen offenbaren. Um so leichter werden wir die harte Zeit überwinden, und wir liefern unseren Feinden nicht die Waffen, mit denen sie uns zu schlagen gedenken. Das Bewußtsein, daß wir für eine gerechte Sache kämpfen, verleiht uns die Sicherheit, daß der ewige Gott uns seinen Beistand nicht versagt. Er war bis jetzt mit uns, er wird weiter helfen.

Krieg und Wohnungsreform

Heimat- und Vaterlandsiebe sind wichtige Voraussetzungen der Staatserhaltung, daß aber bei schlechten oder überfüllten Wohnungen dafür keine Pflegestätte sein kann, ist jedem klar, der das Großstadtleben kennen gelernt hat. Für die günstige Entwicklung der Körper- und Wehrkraft unseres Volkes sind daher gute Wohnungsverhältnisse notwendig. Ueber dieses Thema ist auch schon viel geschrieben und geredet worden, aber gerade jetzt im Kriege diesen Dingen ernsthaft begegnet. Nun, und daher, meine ich, sollten auch wir der Frage unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden, gerade wir als Bauarbeiter hätten die einfachsten und auch modernsten Bauten praktisch aus, sind aber oft genötigt, in den erbärmlichsten Wohnungen hausen zu müssen.

Doch zunächst einiges darüber, warum man gerade jetzt im Kriege diesen Dingen ernsthaft begegnet: Nun, der Not gehorchend, haben Staat und Kommunen einsehen gelernt, daß jetzt nach dem Kriege praktisch zugegriffen werden muß. Sind es doch die wichtigsten Faktoren, unsern Volks- und Staatskörper wieder jugendfrisch und leistungsfähig zu machen. Geburtenrückgang, Ausdehnung von Kriegsbeschädigten und Wohnstätten für kinderreiche Familien, das sind die Probleme, um die man sich heute den Kopf zerbricht. Wie begrüßen dieses Zugreifen und sind bereit, mitzuhelfen, aber warum hat man denn nicht früher schon daran gedacht, und wenn das der Fall war, weshalb ließ man die Dinge laufen? Neben der schweren Arbeit um tägliche Brot mußten kinderreiche Familien auch noch oft Spott und Hohn über sich ergehen lassen; für manche Frau war es doch ein Kreuzweg, auf die Wohnungssuche zu gehen.

In der letzten Zeit fand in Düsseldorf unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Dr. Kruse eine Versammlung der Vereinigung für Familienwohl statt. In den Ausschüssen der Vereinigung sind über zweihundert Mitglieder aus allen Ständen vertreten. Die Berichtserstattung ergab, daß man in allen Kreisen diesen wichtigen Fragen jetzt volles Verständnis entgegenbringt. Man war in der Versammlung der Meinung, daß das Problem der Geburts- und Kindererziehung zwar im Grunde ein sittliches und ethisches sei, daß es praktisch aber nicht durch sittliche und religiöse Einflüsse allein gelöst werden könne, sondern daß durchgreifende wirtschaftliche und soziale Hilfe für die kinderreichen Familien notwendig sei. Die Wohnungsfrage, die Lohn- und Gehaltsfrage sind von den Ausschüssen eingehend studiert worden, und es sind Vorschläge und Gedanken

zusage gefördert worden, die demnächst in Verträgen und Anträgen greifbare Gestalt erhalten werden.

Auch stellte man mit Bestimmtheit fest, daß sich die Öffentlichkeit, die Presse, Parlament und Regierung fortgesetzt mit der Frage der Bekämpfung der Volksträgheit befassen. Besonders wurde noch betont, daß bei vorhandenen Stiftungen und Einrichtungen von Kinderheimen, Ferienkolonien usw. schon heute Wert darauf gesetzt werden sollte, kinderreiche Familien regelmäßig zu bevorzugen.

Man sieht, der Krieg mußte auch hier erst Wandel schaffen. Alles erkennt an, daß die Wohnungsfrage zu den dringenden Bedürfnissen der Jetztzeit gehört. Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses hat sich ja auch freudlicherweise in seiner letzten Sitzung mit dieser Frage befaßt und Maßnahmen gegen die Kleinwohnungsnot nach dem Kriege an die Hand gegeben. Aber diese Frage hat so viele Freunde und auch so viele Feinde immer gehabt. Die Interessenten von Grund und Boden werden immer mit einem gewissen Widerstreben einer Wohnungsreform zustimmen. Daher werden wir auf diesem Wege noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben. Doch da der Stein nun wieder ins Rollen gekommen ist, mußte zugefaßt werden, damit wir auch auf diesem Gebiete voran kommen. In sozialpolitischer Beziehung haben wir Ermengenschaften aufzuweisen und kann Deutschland anderen Ländern als Beispiel dienen; aber auf dem wichtigen Gebiete des Wohnungswezens sind wir weit zurückgeblieben. Wenn nun etwas auf breiter Grundlage geschehen soll, so muß eine gesetzliche und verwaltungsmäßige Regelung des gesamten Wohnungswezens durchgeführt werden.

Wenn wir nun auch heute von diesem Ziel noch weit entfernt sind, so gibt es doch eine Menge Aufgaben, die den Gemeinden zufallen, und dahingehend muß unser Einfluß geltend gemacht werden. Dazu gehören Wohnungsnachweis, Wohnungsstatistik und Wohnungsnachweis. Hier würde sich Gelegenheit bieten, allen Uebeln und Mißständen auf die Spur zu kommen. Besonders die Durchführung einer genauen Statistik würde manchen Kreisen die Augen öffnen, wie Bewohner, Mieter und Kostgänger zusammengesprengt sind. Aber auch ein gut eingerichteter Wohnungsnachweis wird manchen Weg beim Wohnungsuchen ersparen. Wir bekommen z. B. den städtischen Wohnungs-Anzeiger, seit diese Einrichtung besteht, auf unser Bureau. Da ist eine genaue Einteilung der Straßen und Stadtviertel, ferner Größe der Wohnung und ihre Preise. Auch die Verkehrsverbindung nach den Wohnungen ist angegeben, so daß, wie schon erwähnt, unnötige Lauereien vermieden werden. Notwendig ist allerdings, daß dieser Anzeiger, der jede Woche erscheint, ein möglichst großes Gesichtsfeld bekommt und jedem Einwohner zugänglich ist.

Eine weitere Aufgabe ist die Boden- und Steuerpolitik. Bei Lösung dieser Fragen stoßen wir schon auf allerlei Schwierigkeiten. Viele Gemeinden haben sich den Boden entgehen lassen, und heute liegt er in Händen der Spekulanten und Gesellschaften, die eine wucherliche Ausbeutung allen Grundbesitzes als erstrebenswertes Ziel ansehen. Allerdings gibt es auch Gemeinden, die weitwutschauend Vorsorge getroffen haben und das erstandene Gelände nun teils selbst, teils auch durch Baugesellschaften oder privaten Baugesellschaften zum Kleinwohnungsbau Verwendung finden lassen. Hier muß aber verhindert werden, daß bei letzteren eine mißbräuch-

liche Verwertung oder spekulative Ausbeutung eintreten kann. Bei der Steuerpolitik soll der kleine Hausbesitz ebenso wie kinderreiche Familien möglichst geschont werden. Besonders jetzt nach dem Kriege werden viele Existenzen der kleinen Hausbesitzer auf dem Spieße stehen. Daher müßten die Gemeinden schon jetzt Fürsorge treffen, den nahenden Gefahren zu begegnen. Es wäre auch ungerade, einem Teil der heimkehrenden krieger Anstellungen mit Eigenheimen zur Verfügung zu stellen, während man andere ihrem Schicksal überließ. Die Gemeinden können viel zur Hebung und Erleichterung der Wohnungsproduktion tun. Bei Erleichterung der Gebühren und einer sozialen Steuerpolitik im Kleinwohnungsbau werden auch die Mieten erträglich bleiben. Vor allem sollten auch die Gemeinden das Verschleppen der minderbemittelten Bevölkerung erleichtern. Aber gerade hier fludet man oft das Gegenteil. Was nützt es dem Arbeiter, wenn er wegen fünf oder sechs Mark Mieteersparnis nach dem Vorort zieht und es wird ihm diese Ersparnis durch Verteuerung der Straßenbahn wieder entzissen? Man hat es schmerzhaft empfunden, daß jetzt im Kriege viele Städte den Tarif der Straßenbahn um ein wesentliches erhöht haben. Gründe, daß jeder städtische Betrieb ohne Zuschüsse arbeiten müsse, können nicht stichhaltig sein. Für viele Arbeiter ist das schnelle Erreichen der Arbeitsstelle oder Wohnung für billiges Fahrgehalt eine Hauptvoraussetzung, daher ist eine solche Verkehrs- politik unsozial und muß nach dem Kriege beseitigt werden.

Eine weitere Forderung ist die Gelbbeschaffung für Hypotheken. Dieses wird nach dem Kriege um so schwieriger sein, als viele Kapitalien in den Reichsanleihen ihre Verwendung gefunden haben. Soll aber die Bautätigkeit, die jetzt auf dem Gebiete des Kleinwohnungswezens fast ganz darniederliegt, nach dem Kriege gehoben werden, so müssen Gemeinden, Kreisverbände, Landesversicherungsanstalten oder Kreditgenossenschaften ihre Gelder bei entsprechender Sicherheit zur Verfügung stellen. Allerdings ist die Voraussetzung, daß es sich um gemeinnützige Bautätigkeit handelt.

Nun zum Schluß noch etwas über Geländeaufschließung und Bauordnungen: die Gemeinden sollten möglichst frühzeitig im Vorgelände der Städte die Aufschließung vornehmen, damit sich für das kommende Publikum viele Kosten erspart. Die Kanal-, Gas- und Wasseranschlüsse könnten so schon vorgeesehen werden. In der Regel werden ja gemeinnützige Wohnungen immer nach einem einheitlichen Bauordnungsplan ausgeführt. Hier dürfte nun nicht immer die straffe Bauordnung in Geltung kommen. Wohnstraßen sind keine Verkehrsstraßen und ist die große Breite der Straße nicht notwendig. Auch das allzu große Dekorative der Fassaden kann wegfallen. Auf diese Weise tritt eine wesentliche Kostenersparnis ein. In der Baukonstruktion müßten beim Kleinwohnungsbau noch mehr Erleichterungen geschaffen werden. Ich kann den Kasernenbauten der Großstadt das Wort nicht mehr reden, weil zu traurige Erfahrungen hinter uns liegen.

Die Politik der Großstädte, besonders im Rheinland, ging nun vielfach dahin, möglichst kräftige Steuerzahler heranzuziehen und den Fremdenverkehr zu heben. Baugesellschaften mit starkem Kapital fanden sich ein, und diese führten ganze Straßenzüge, die sogenannten „besseren Viertel“, aus. Die Bauten sind luxuriös und reich gehalten von innen und außen. Oft vier bis fünf Stockwerke hoch und mit allen Bequemlichkeiten ver-

sehen. Die Mieten schwanken zwischen zwei- und dreitausend Mark. Diesen Dingen kommt man auch sonst auf allen Gebieten entgegen. Zur Erholung dienen die Stadtheater, die aber jährlich große Zuschüsse aus dem Stadtkäsel erfordern. Für die Kinder sind kostspielige Spiel- und Spielplätze angelegt. Wie es mit dem Wohnungswesen kinderreicher Familien seither bestellt war, ist oben angedeutet. Möge man den heimkehrenden Kriegern diesen Sommer nicht wieder antun. L. Meißner.

Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: **Wih. Koch**, Mitglied der Zählstelle Köln, Maurer; **August Strathkötter**, Mitglied der Zählstelle Werther i. W.; **Bernhard Lenz**, Mitglied der Zählstelle Ostrop; **Breuer**, Mitglied der Zählstelle Warendorf; **Anton Schwartländer**, Mitglied der Zählstelle Verne; **Gottlieb Käte**, Mitglied der Zählstelle Hamm, Zimmerer.

Der Erfolg der fünften Kriegsanleihe ist wiederum ein sehr glücklicher, er steht den früheren Erfolgen nicht nach. Ueber 10 1/2 Milliarden ist das Ergebnis. Damit wird der Beweis geliefert, daß das deutsche Volk auch finanziell bereit ist, die Mittel aufzubringen, die notwendig sind, den Krieg zu einem glücklichen Abschluß für das deutsche Volk zu bringen. Im einzelnen gestaltet sich das Ergebnis der Kriegsanleihen wie folgt:

Erste Kriegsanleihe	4,16 Milliarden Mark
Zweite	0,08
Dritte	12,10
Vierte	19,71
Fünfte	10,59

Insgesamt hat somit das deutsche Volk 46,92 Milliarden Mark an Kriegsanleihen aufgebracht. Diese Tatsache ist nicht nur von finanzieller Bedeutung für das Reich, weil damit eine geordnete Finanzwirtschaft gesichert ist, sondern sie hat auch große politische Tragweite. Schon lange hoffen unsere Gegner auf unseren finanziellen Zusammenbruch und peitschen damit ihre Wäler zu weiterem Ausdauern auf, genau so wie sie es mit dem Ausbürgerungsplan gemacht haben. Je mehr ihre Hoffnungen zusammenbrechen, um so eher ist an eine Beendigung des Krieges zu denken.

Der Bauarbeitsmarkt in Ostpreußen im September 1916. Der Wohnungsnachweis für das Baugewerbe in Königsberg teilt uns mit, daß im vergangenen Monat 64 Bauhandwerker zu dem Wiederaufbau vermittelt worden sind. Die im Gegensatz zu der vormonatlichen Vermittlungsziffer (906) zutage tretende Verminderung der vermittelten Arbeitskräfte ist darauf zurückzuführen, daß durch die umfangreichen Einziehungen zum Militärdienst ein großer Teil der Arbeitskräfte von dem Arbeitsmarkt verschwunden. Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich vermindert.

Tarifbewegung im Holzgewerbe. Eine Konferenz der organisierten Holzarbeiter befaßte sich mit der Erneuerung der am 15. Februar 1917 ablaufenden Tarifverträge, falls sie am 15. November gekündigt werden. Es wurde beschlossen, eine sofortige Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Stunde zu fordern. Auch die Arbeitspreise und Montagezuschläge sollen im gleichen Maße erhöht werden. Verhalten sich die Arbeitgeber ablehnend, sollen die Verträge gekündigt werden.

Die Rehrseite des Anreizpreissystems. Infolge der hohen Tabakpreise hat man in diesem Jahre in

Die Kriegerheimstätte im Gedicht

Der Gedanke der von den Bodenreformern angelegten Kriegerheimstätten macht erfreulich Fortschritte. Auch praktische Resultate sind bereits erzielt. Wie sehr diese Idee die Herzen bewegt, davon legt ein in der „Bodenreform“ veröffentlichtes ergreifendes Gedicht Zeugnis ab, das wir nachfolgend bringen:

Arbeiter . . .

Staubig und müde, früh die Schultern eingebogen,
So sehen sie in Reigen
Zu letzten Abendzeiten,
Die nichts von diesem Sommertag in ihre Lungen jagen.
Der Hammer Schlag, der drohrend sie umfloren,
Der alte Fußgeruch beiaubt sie noch im Geh'n —
Und bitter ist's
Er sah den Glücklich, die Bald und Jür durchzogen.
Es sie am Sonntag, schwerer Iron erlunden,
Jahreszeit auf die lang er chate Zeit,
Und im entzückten Kreis
Gewissen hat, gewiss die Heiratsbanden
Zu Verlust, bräutet von fremdem Regen,
Die Schachtel im ewigen Rat:
Mit jedem Rat
Sich die Freude wehles anzulegen.
Es alle können jetzt im letzten Ball die Drogen,
Zu Rat — O — Rat und Rat —
Und ihre Lippen nur noch müde:
Nicht die Freude haben nur uns chent

Gibt ihnen eignen Grund, auf dem sie dankbar sich'n!
Fühlt ihres Lebens Gärten,
Und laßt in grüne Gärten
Die Augen ihrer blassen Kinder seh'n!

Gibt ihnen für die Heimat auch Verstehn:
Gedanken schafft ein Haus —
Laß sie voll Hoffnung aus
Sommeren Feiern in das Land der Zukunft seh'n!
Magdeburg. Else v. Holtze-Mien.

An der Somme

Die Artillerie schlägt tobt in einer unbeschreiblichen Weise. Tag und Nacht ein rasendes Trommelfeuer. Nur mit kleinen Pauken aussehend, um wieder mit neuer Stärke anzusetzen zu können. Leuchtgeschosse fliegen. Granaten und Schrapnells heulen durch die mit Pulver und Gases gesättigte Luft. Ein Blitzen, Krachen und Heulen, Anathema der Kampfgewehre, Surren der Aeroplane, als wenn das Getöse der Welt da wäre. Das ganze Gelände ist mit Granatstrichern übersät, die immer wieder durch neue Aufschläge ungewöhnt werden. Hier gibt's kein Stillsitzen, das verachtet geblieben ist. Ausgebauter Stellungen gibt's hier keine mehr. Dann ist ein Stückchen fertig, wird's wieder der Erde gleich gemacht. Granatstrichler geben Schutz und Deckung. Bei den Hin und her weggehenden Kämpfern liegen Feind und Feind oft durcheinander. Die Artillerie schlägt tobt hinter den ersten Schütz, hat keine erspöcklichen Schlingen, jagt sich Schutz

und Deckung hinter einer Hecke, im Gehölz, hinter einer Dorfmauer usw. Die Spähtruppen der Flieger und Jettelbalkons zwingen sie des öfteren zum Stellungswechsel. Die Aufgabe der Munitionskolonnen ist hier eine sehr schwere. Am Tage ist schon im Operationsgebiet eine rege Tätigkeit. Lebensmittel, Munition, Material usw. werden, soweit es geht, vorgebracht, damit sie dort des Nachts von den Kolonnen in Empfang genommen werden können. Die Dörfer sind größtenteils ausquartiert, weil sie von der feindlichen Artillerie beschossen werden. Die Soldaten kampieren mit Mann und Maus in den Wäldern. Am Tage schämen sie und bringen ihre Sachen in Ordnung. Soweit wie nicht unbedingt notwendig, wird jede Bewegung im Freien vermieden. Mit einbrechender Dunkelheit aber wird alles lebendig. Überall regt es sich. Befehlspostpferde eilen hin und her. Von allen Ecken und Enden rücken endlose Kolonnen heran, um Munition, Material, usw., in die Stellungen zu fahren. Kaum hat man die Zufuhrstraßen erreicht, so krachen schon in nächster Umgebung die einschlagenden Granaten. Man begegnet Berdesabazern, leputgeschossenen Wagen, deren Führer oft noch tot daneben liegt. Die Verwundeten werden so schnell wie möglich weggeschafft. Kreuzungen, große Strecken der Kolonnenstraßen liegen beständig unter Sperrfeuer. Diese werden mit größeren Abständen im Trab oder Galopp passiert. Aus einem Granatloch geht's ins andere. Links und rechts plagen die Granaten und Schrapnells. Auf einmal da blitzt's und krach't's und stöhnend stürzen Pferde und Reiter zusammen. Ein Soldat! Der hintere Wagen biegt links aus, damit die Kolonne nicht ins Stoden kommt und größeres Unglück vermieden wird. Die Munition muß heron, da kann das größte Sperrfeuer nicht zurückhalten. Durch

dreier badischen Amtsbezirken auf 37 000 Ar den Getreidebau durch Tabakbau verdrängt. Wiederherzustellen wäre er nach Ansicht der Interessenten ohne den bei ihnen so unbeliebten Erzeugungszwang natürlich nur dadurch, daß das Getreide einen höheren Preis als Tabak brächte. Dann aber würde wiederum Tabakknappheit eintreten, die zu neuer Preissteigerung und zu vermehrtem Anbau führte. Also auch hier die Schraube ohne Ende; aber von diesen Folgen der Anreizpreise reden ihre wärmsten Verteidiger nicht. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn das Kriegsernährungsamt mit größter Rücksichtslosigkeit den jetzt zu vorzüglich betretenen Weg des Preisabbaues, zunächst bei Getreide, Hafer und sonstigen Futtermitteln, betritt. Wenn dann unter Zuhilfenahme zwingender Anbau- und Ernteverordnungen (trotz Landwirtschaftsrat) noch — umgekehrt zur jetzigen Methode — eine Preisermäßigungsschraube in Bewegung gesetzt wird, d. h. man die Verbilligung des einen Erzeugnisses zum Anlaß einer Verbilligung anderer nimmt usw., dann, aber auch nur dann kann der minderbemittelten Volksschicht die quälende Sorge um ihr finanzielles Durchhalten abgenommen werden. Die Nahrungsmittelknappheit würde dann immer noch genug des Schreckens für die Heimarmee bedeuten; sie würde aber bei Anschaffung des Preiswunders um vieles leichter und freundlicher getragen werden.

Ein internationaler Gewerkschaftskongress haben der italienische Gewerkschaftsbund und der Vorsteher der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Regien, kein schweizerischen Gewerkschaftsbund beantragt. Der italienische Antrag wurde abgelehnt, dem deutschen jedoch entsprochen, obwohl beide Anträge ein und dasselbe wollen. Regien ist Präsident des internationalen Gewerkschaftsbundes. Obwohl die schweizerischen Gewerkschaften von dem Kongress sich nicht viel versprechen während des Krieges, so wollen sie doch den guten Willen bekunden. Sie sind der Meinung, aus dem Kongress werde nur eine Konferenz, da die einen nicht kommen wollen und die anderen nicht kommen können. Dieser Meinung kann man beistimmen. Wie kann ein deutscher Arbeiter neben einem Engländer sitzen, der seiner Regierung zustimmt in dem Anhangungskrieg gegen deutsche Frauen und Kinder.

Ursachen der Ledervertenerung. Vom Standpunkte einer auf das Allgemeininteresse gerichteten Volkswirtschaft sind höhere Preise nur dann gerecht, wenn die Erzeugung durch treuer arbeitende Betriebe ermöglicht werden muß. Wie aber recht ist, was die höheren Preise von Produkten, die früher unverwendbar waren, jetzt aber mit Nutzen auf den Markt gebracht werden können, weil die Konkurrenz des Auslandes fehlt? Vom Rohstoffmarkt wird z. B. berichtet: „Das Rindenschälen ist größtenteils beendet, und es läßt sich jetzt einwandfrei feststellen, daß die Gewinnung die in Friedenszeiten erheblich überstieg. Die von der ersten Hand bisher angebotenen erheblichen Posten lassen dies zweifellos erkennen. Die staatlichen, städtischen und herrschaftlichen Forstkämmer haben nicht nur durch die Verstärkung der Rindenerzeugung selbst, sondern auch durch Erlass von die Friedenszeiten weit übersteigenden Sätzen ihre Einnahmen wesentlich gesteigert.“ Wann wird den in Frage kommenden Stellen klar werden, in welcher unverantwortlicher Weise sie auf diese Art die Leder- und Schuhwarenpreise steigern helfen?

Sie rechnen schon. In einer Zeitschrift aus Königsberg in der „Zeitschrift des Hansa-Bundes“ weist ein „angehender Kenner“ der städtischen Hausbesitzerverhältnisse nach, daß nach dem Kriege die Mieten „normalerweise“ um 27,3 Prozent gesteigert werden müssen. Dann folgt die übliche Berechnung:

„Nebst dem muß darauf hingewiesen werden, daß die prozentuale Belastung des Einkommens durch Mietzahlung bei allen den vielen Steuerzahlern, die infolge Steigerung der Mieten ein wesentlich größeres Einkommen haben, als früher, sich vermindert hat. Wer früher bei 1200 M Jahresarbeitseinkommen 300 M Miete = 25 Prozent des Einkommens zahlte, wird bei Ver-

die Leuchtturme wird die Kolonne beim Anfahren an die Stellung ein sehr oft beobachtet. Junges Leut die feindliche Artillerie das Feuer auf sie. Links und rechts pöhen die Granaten und Schrapnells. Pferde stürzen hin, Soldaten sinken ins Gras, Wagen bleiben liegen. Ordnungsmäßig und möglichst lautlos fährt die Kolonne trotzdem heran, gibt, wie befohlen, ihre Munition ab, nimmt ihre Toten und Verwundenen, soweit es geht, mit und kehrt dann, begleitet vom feindlichen Feuer, in ihre Reihen zurück. Große leisten unsere braven Soldaten hier, und die „glorreiche“ Offensive, von der die englischen und französischen Blätter faszeln, scheitert an dem Opfergeist und Heroismus unserer braven Truppen.

Im Verbandsorgan fest man immer und immer wieder die bittere Klage über die Unzeit und den mangelhaften Opfergeist der dahingestiegenen Verbandkollegen. Mögen auch die Opfer, die der Verband von euch fordert, groß scheinen, sie stehen in keinem Verhältnis gegenüber den großen Opfern, die eure Kollegen draußen im Felde bringen müssen. Sie bringen sie gern, sind auch bereit, weitere Opfer zu bringen, bis uns ein ehrenvoller Frieden, der uns eine gesunde Entwicklung unserer Volkswirtschaft vorführt, beschert ist. Es entspricht einem jeden Soldaten ist es, dem Verbandsorgan über seine Pflicht und Schuldigkeit zu tun und an seiner Weiterentwicklung im Interesse des gesamten Arbeiterlandes mitzuwirken.

Geschrieben im Walde bei S. in Gottes freier Natur.
W. H. L. L. L.

Zur Beachtung! Sonntag, den 22. Oktbr., ist der 34. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

besserung des Verdienstes auf 1800 M und Erhöhung der Miete auf etwa 330 M (= d. i. rd. 27 Prozent wie vorher nachgewiesen) im Verhältnis weniger an Miete zahlen, nämlich nur 21,1 Prozent des Einkommens!

Da wären mithin die Arbeiter sogar noch zu Dank verpflichtet, daß ihnen nicht die ganze Lohnerrhöhung, falls eine solche überhaupt eingetreten ist, abgenommen wird. Voraus der simple Menschenverstand folgert, daß Lohnerrhöhungen nur dazu gemacht werden, damit der Hausbesitzer seine Mieten festsetzen kann. Hier wird eine der größten brohenden Gefahren offenbar.

Kriegsernährungsamt und Preissteigerungen.

Das Kriegsernährungsamt hat bei Verwaltungsbehörden Richtlinien gegen die Lebensmittelpreiserhöhungen übermittelt und zur schleunigen Durchführung empfohlen. Es heißt in denselben: „Nach den vom Kriegsernährungsamt gemachten Beobachtungen sind die Preise auf dem Gemüse- und Obstmarkt in fortgesetztem Steigen begriffen. Es wäre daher im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung dringend erwünscht, wenn die örtlichen Behörden zu einem tatkräftigen Einschreiten gegen diese Preissteigerungen angeregt würden. Es würde im Besonderen zweckmäßig sein, darauf hinzuwirken, daß während der Wintermonate dauernd ein oder mehrere sachkundige Mitglieder der Marktmissionen (Marktaufsichtliche der Preisprüfstelle usw.) auf dem Marktplatz zur Kontrolle des gesamten Verkehrs von Gemüse und Obst, insbesondere der Preisgestaltung anwesend sind. Gleichzeitig wäre ich dankbar, wenn die Marktmissionen und alle anderen Dienststellen auf die sorgfältige Beobachtung des Verkehrs auch mit allen übrigen Gegenständen des täglichen Bedarfs hingewiesen würden. Den Mitgliedern der Marktmissionen bitte ich hierbei insbesondere zur Pflicht zu machen, bei ihrer Tätigkeit auf die Anbringung der von den Preisprüfstellen vorgezeichneten Verzeichnisse hinzuwirken. Auch da, wo Höchstpreise nicht festgesetzt sind, stehen den Behörden ausreichende Bestimmungen zur Seite. Als besonders wirksam hat es sich erwiesen, wenn in geeigneten Fällen seitens der Polizei beantragt wird, den Verkauf der vorläufigen Festnahme (§ 127 der Strafprozessordnung) Gebrauch gemacht wird. Wiederholt ist sodann die Beobachtung gemacht worden, daß insbesondere bei der Versorgung der Bevölkerung mit Frühkartoffeln die örtlichen Stellen den sich schnell verändernden Verhältnissen nicht immer gerecht werden. Dankbar würde ich es begrüßen, wenn die Aufmerksamkeit der bereitgestellten Dienststellen orientiert auf die Versorgungsregelung gelenkt würde, da ich unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders Gewicht darauf legen muß, daß örtliche Verbitterungen und Schwierigkeiten durch Preissteigerungen und mangelnde Liefertreue der örtlichen Behörden vermieden werden.“

Französischer Wahn.

Man was für Ihren französischen Wahn voll sind, davon liefert der in Paris erscheinende „Matin“ vom 29. September ein Beispiel. Er schreibt: „Es ist uns heute möglich, die wunderbare Leistung der Zivilisation und für die Zivilisation in ihren Folgen zu betrachten. Wir können voraussehen, wie das ungeheure Reich der Teutonen zum endgültigen Sturz gebräutet wird. Ob es Wilhelm, Falkenhayn oder Hindenburg sei, der besteht, wir dürfen laut ausrufen: „Der Sieg gehört uns, und nichts wird ihn uns mehr entreißen.“ Das ist aber nicht genug. Deutschland muß auch für immer unerschütterlich gemacht werden. Es ist ein reichendes Tier, das niedergeschlagen werden muß. Ein solches Unternehmen ist als Maßregel öffentlicher Gesundheit unentbehrlich. Es ist nicht unaufrührbar, es ist sogar leicht. ... Was Napoleon nicht verwirklicht hat, das werden Frankreich und seine Verbündeten des Jahres 1916 durchführen. Sie werden Deutschland und den Häufen von Banditen, Dieben und Mördern, die es darstellt, in die Unmöglichkeit versetzen, sich je wieder zu stellen. Wenn man solche Ungeheuer hat besiegen können, so muß man sie verhindern, sich von ihrer Niederlage zu erholen und die Maske der Ehrlichkeit wieder aufzusetzen, womit sie so lange die Leichtgläubigkeit der Welt bedeckt. Auf dem Boden des zerstörten Deutschen Reiches werden die schönsten Blumen der Zivilisation erblühen.“

Solche Offenheit ist erfreulich. Sie zeigt dem, dem dies gilt, was mit ihm geschehen würde im Falle einer Niederlage. Einen Wahnsinnigen läßt man die Oberhand nicht gewinnen. Glücklicherweise wird der „Matin“ nicht in die Lage kommen, seine Absichten zu verwirklichen, dem verblutenden Frankreich winkt keine Siegespalme.

Warnung vor dem Gebrauch verzinsten Kochsalzes.

Das kaiserliche Gesundheitsamt warnt die Hausfrauen neuerdings wiederum, mit verzinstem Kochsalz die größte Vorsicht walten zu lassen. Dit genug schon ist davor gewarnt worden, in verzinstem Mehl Obst einzuladen. Es kommt doch immer wieder vor. Zur Gedanklosigkeit gesellt sich die Unkenntnis. Selbst in den Verkaufsgeschäften kann man nicht immer eine genügend bestimmte Auskunft darüber bekommen, ob das einzukaufende Salz verzinkt oder unverzinkt. Vieles wird Mehl als „verzinkt“ bezeichnet, die lediglich mit einer Legierung von Zink und Zinn überzogen sind. Der Zinkzusatz wird sich immer in Säure lösen, so daß solch ein sogenanntes „verzinktes“ Mehl nicht viel besser ist als ein verzinktes Mehl. Ein verzinktes Mehl aber ist

für das Einkochen von Obst, ebenso auch für das Würstchen und Fleischchen, durchaus ungeeignet. Das Mehl ist sehr leicht löslich, sogar schon in gewöhnlichem Wasser. Selbst im kalten Zustande werden zerkleinerte Früchte in einem Zinkgefäß sehr bald zinkhaltig. Bei amerikanischen Ringäpfeln, die auf verzinsten Böden getrocknet wurden, ist schon vielfach Zink nachgewiesen worden. Es ist bemerkt, daß Früchte, die in Zinkgefäßen eingekocht wurden, erhebliche Mengen Zink aufweisen müssen, und das um so mehr, je saurer sie sind. Ein Zinkzusatz in Nahrungsmitteln aber verdirbt nicht nur den Geschmack, macht ihr bitter metallisch, sondern ruft auch Verdauungsstörungen und bei größeren Mengen Vergiftungsercheinungen hervor. Wer sich also vor Gesundheitsschädigungen schützen will und vor der unangenehmen Notwendigkeit, die leidet erkrankenden Früchte fortwerfen zu müssen, der melde unter allen Umständen verzinkte Mehl beim Obstleichen.

Wetensliches — sehr Bedenkliches.

Der Landrat des Kreises Schöda sah sich zu folgender Bekanntmachung veranlaßt: „Im Interesse der Landwirtschaft und in dem Glauben, daß aus dem hiesigen Kreise nur einwandfreies Getreide und gute Kartoffeln geliefert werden würden, hatte ich den Kommissären die Verpflichtung auferlegt, die Bezahlung sofort nach Feststellung des bahnamtlichen Gewinns zu leisten. Leider hat dies Verfahren zu Unzufriedenheiten geführt, indem von den Landwirten, insbesondere auch von vielen Großgrundbesitzern Getreide und Kartoffeln geliefert worden sind, die nicht entfernt den geltenden Lieferungsbedingungen entsprechen haben und deshalb von den empfangenden Stellen beanstandet worden sind. Ich habe mich daher gezwungen gesehen, die obige Verpflichtung der Kommissäre zur sofortigen Bezahlung aufzuheben und die Kommissäre zu ermächtigen, geliefertes Getreide und Kartoffeln erst dann zu bezahlen, wenn der Empfänger dem Ware bracht hat, und zwar auch nur in der von dem Empfänger geleisteten Höhe.“

Das Wolffsche Telegraphenbureau bracht folgende amtliche Mitteilung:

„Es ist der Preisverwaltung leider nicht möglich gewesen, ihren Bedarf an Heu aus der neuen Ernte im Wege freihändigen Ankaufs zu decken; vielmehr konnten die militärischen Beschaffungstellen zu den für sie festgesetzten Preisen nur geringe Mengen Heu erwerben, und schließlich hat der Verkauf fast vollkommen gestockt. Die Verkäufer glauben nämlich, erwerbe an den für Heu aus der alten Ernte von der Preisverwaltung gezahlten hohen Preisen festhalten zu können, oder hoffen auf spätere noch höhere Preise. Auch manche Händler und private Bedarfstellen haben sie in dieser Ansicht bestärkt, indem sie vielfach für Heu jeden verlangten Preis zahlten. Die Preisverwaltung konnte diesen Preissteigerungen nicht folgen. Eine einmalige Erhöhung der von ihr zu zahlenden Preise hätte erfahrungsgemäß bald weitere Preiserhöhungen zur Folge gehabt, die bei der guten Heuernte dieses Jahres in keiner Weise berechtigt gewesen wären. Es ist daher erforderlich, wiederum auf das in der Vergangenheit bereits bewährte Verfahren der Auktionen zurückzugreifen. Ein entsprechender Entwurf einer Verordnung liegt dem Bundesrat vor.“

In der „Mollerei-Zeitung“ steht zu lesen: „Wegen die Kannenmischerei wird jetzt von den Gerichten mit ganz barbarischer Strafe vorgegangen. Während die Milchverfälscher früher mit 10, im schlimmsten Falle mit 100 Mark Geldstrafe bestraft wurde, werden jetzt meist Gefängnisstrafen dafür ausgesprochen. Die Strafkammer in Köln verurteilte den dortigen Milchhändler Josef Arnold wegen Milchverfälschung zu drei Monaten Gefängnis. In Berlin verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte den Milchgroßhändler Hermann Döge, der gar nicht einmal mit Wasser, sondern einer Milchweihen, aus Milch und Wasser vorbereiteten Mischung gefälscht hatte, zu drei Monaten Gefängnis und 1500 M Geldstrafe. Das kam die Lust an der wohlthätigen Vermehrung der knappen Milchvorräte schließlich ganz verloren.“

Das sind Proben auf den Geist der Zeit. Schlechte Ware für teures Geld; Zurückhaltung, weil der Preis nicht hoch genug ist, obwohl der Besitz von Heu eine Lebensnotwendigkeit der Armee ist. Am tollsten ist die Ausfälschung der „Mollerei-Zeitung“, die erbt ist darüber, daß der Verkauf von Wasser, anstatt Milch, jetzt härter bestraft wird als im Frieden. Ja, sie findet die Streckung der Milch mit Wasser noch als eine Wohltat, die durch die hohen Bestrafungen zu erlauben werden könnte. Wo steht denn die Welt eigentlich heute?

Krieg und „Bankrott des Christentums“?

Es ist bald nach Ausbruch des Krieges das Wort gefallen vom „Bankrott des Christentums“. Daß ein Mann wie Hädel das wiederholt in seinem mit der ihm üblichen Oberflächenarbeit abgefaßten „Weltkriegsgedanken“ unter dem Titel „Ewigkeit“ (Berlin 1915), wird niemanden wundernehmen. Hier schreibt er gelassen den Satz: „Die reale Praxis unseres Weltkrieges bedeutet den totalen Zusammenbruch der christlichen Sittenlehre“ (S. 56). Es ist wirklich ein besorgniserregender Anblick, Leute zu sehen, die, nachdem sie bisher ihr möglichstes geleistet haben, um das Christentum zu retten und seine Wirkung auf die Menschen und Völker anzuknüpfen, jetzt plötzlich sich vernehmen lassen über die Ohnmacht des Christentums, das sich unählig erweisen habe, diesen menschenmörderischen Krieg der Menschheit zu ersparen. Hier hat der Rottenburger Regens F. S. Fischer recht, wenn er in seinem vorzüglichen Schriftchen „Die Sonnenkraft der Religion im Kriege“ (Verlag Boder, Rottenburg) ihnen vorhält: „Zu verwundern ist eigentlich nur, daß gerade jene Kreise das

Christentum ohnmächtig nennen, die sich sagen müssen: Wenn es seine Kraft nicht voll entfalten kann, so ist das unser Werk! Wir waren doch stets und leiber, fügen wir bei — nicht ohne Erfolg bemüht, seinen öffentlichen Einfluß auszuschalten, was uns namentlich in Frankreich, Italien und anderen Ländern herrlich gelang. Aber auch in deutschen Gauen haben wir, in ungenügender Anzahl, nennenswerte Erfolge erzielt. Solches Eingeständnis wäre ehrlich, aber freilich keine brauchbare Waffe gegen das Christentum.“ (S. 8 f.)

Dann tritt Fischer den Gegenbeweis an, nicht in einer polemischen Auseinandersetzung mit den Anklägern des Christentums, sondern in positiver Darlegung der Gedanken: „Die Sonne der Religion besitzt Leuchtkraft genug, den Lebensweg auch in dieser schweren und bisweilen dunklen Zeit zu erhellen, daß ein sicherer Gang durch sie möglich ist; sie ist eine unerschöpfliche Quelle der Kraft zum Handeln, der Kraft zum Leiden bis zum Heroismus und wunderbarer Heilskraft.“

Diese Ausführungen sind lesenswert nicht bloß für diejenigen, deren religiöses Leben im Reichen der Sentimentalität stand, die an einer weidlich-süßlichen Auffassung des Christentums gekrankt, welche der Krieg mit seiner eisernen Hand zerschmettert hat, sondern auch für jene, deren Charakteristik enthalten ist in dem Worte des Herrn: „Selig, wer sich an mir nicht ärgert“; das sind jene, welche, vom Leid des Krieges betroffen, an ihrem religiösen Horizont allerlei Wolkenbänke und Nebelschwaden emporkommen sehen, die an Gottes Weisheit und Güte zweifeln wollen, weil sie nicht gelernt haben, groß von Gott zu denken. Diese letzteren zumal werden erfahren, daß die Leuchtkraft der Religion „stark genug ist, die Nebelschwaden und Wolken, welche der Krieg am Horizont des Christen hin und her schlebt, niederzurufen und aufzulösen“.

Was heute allen not tut, — auch denen hinter der Front, denen dasheim, das ist unbegreifliche Tatkraft zum Durchhalten, auch unter den Opfern, die es erfordert. Die im Felde Stehenden leisten Heroisches, und man hat bereits die Redensart hören können: es gehe auch ohne Religion. Nun fällt es gewiß niemandem ein, zu bestreiten, daß die natürlichen Tugenden, Pflichttreue, Ehrenhaftigkeit, Wahrhaftigkeit, Vaterlandsliebe — beim Soldaten noch die Disziplin und das Beispiel von Kameraden und Führern — zu solcher Heldengestaltung mit-helfen; darum halten wir denen, die meinen: „es gehe auch ohne Religion“, nicht entgegen: „nein, es geht nicht ohne Religion“, sondern: mit Religion geht es — besser und leichter. Als vor bald einem Jahre Professor Duntmann in Greifswald in einem von wirklicher Sachkenntnis nicht beschwerten Artikel die Selbstsorge und die Religion im Felde recht abfällig behandelte, hat es sowohl aus der Front als auch aus den Lazaretten, wo jene lagen, die dabei waren, Proteste geschneit.

Wie in der Front, so dasheim: wo es darum geht, nicht bloß die Entbehrungen zu tragen, die der Krieg mit sich bringt, sondern auch, was besonders von der Frauenwelt gilt, die doppelte Arbeitslast zu tragen, um den Forderungen des Lebens auch noch für die Familie nachkommen zu können.

Und endlich: was haben diese Ankläger des Christentums jenen zu bieten, welche der Krieg aus blühendem Leben heraus als zerfetzten Körper auf den Operationsfeldern wirft, die verstimmt ins Leben zurückkehren, dem liebgekommenen Berufe entsagen müssen, und jenen Familien, deren Gedanken weilen bei einem Grabeshügel, der in Feindesland sich wölbt? Tatkraft gibt zum starken, heldenmütigen Ertragen dieser Opfer die unerschöpfliche Quelle der Religion des Kreuzes und der Auferstehung und des Jenseits. Sie ruft auch auf und begeistert zu dem Dienste der Caritas, der unsere Zeit jezt und in den kommenden Jahren besonders bedürfen wird. Es wird die Zeit kommen, wo die Geschichte dieses Weltkrieges auch dieses Wirken zu büßen haben wird, dann wird man nicht mehr reden von einem „Bankrott des Christentums“, sondern von einem Siege desselben, weil es in den Kräften, die es in den Herzen seiner ganzen Bekenner entbindet, seinen Befähigungsnachweis erbracht hat als die große, größte Hilfskraft wie für alle Nöte des Lebens, so besonders für die Nöte der Kriegszeit.

hinzufügen, indem wir die einzelnen Gebiete nach der Größe ihres Schweinebestandes ordnen.

	1. Dez. 1913	1. Dez. 1915
1. Hannover	3 352 588	1 698 276
2. Bayern	2 106 312	1 708 304
3. Schleswig-Holstein	1 763 624	631 320
4. Sachsen (Prov.)	1 591 089	1 242 608
5. Westfalen	1 546 087	956 370
6. Schlesen	1 394 402	1 012 366
7. Brandenburg	1 378 460	1 081 927
8. Ostpreußen	1 337 464	928 674
9. Pommern	1 329 794	975 126
10. Posen	1 315 040	1 040 782
11. Rheinland	1 228 584	840 220
12. Westpreußen	1 026 525	772 594
13. Hessen Nassau	768 790	589 549
14. Sachsen (Agr.)	760 291	591 129
15. Württemberg	583 672	437 515
16. Baden	581 024	412 721

Zusammen zählten wir in Deutschland am 1. Dezember 1913 25 659 140 Schweine, am 1. Dezember 1915 dagegen 17 287 211 Schweine. Der Unterschied ist also nicht unbedeutend; er beträgt 8 371 929 Stück. Er ist wesentlich größer als der Unterschied beim Rindvieh; denn hier zählten wir am 1. Dezember 1913 20 994 344 Stück und am 1. Dezember 1915 20 313 948 Stück Rindvieh; der Unterschied betrug hier also nur 677 396 Stück. Am auffallendsten ist der Schweinerückgang in denjenigen Provinzen, die bisher stets als unsere Schweinerücklagen galten,

	1. Dez. 1913	1. Dez. 1915
Hannover	1 368 429	1 354 731
Ostpreußen	1 236 752	1 047 908
Rheinland	1 224 327	1 182 198
Schleswig-Holstein	1 141 371	1 076 736
Württemberg	1 123 903	1 107 801
Posen	938 881	921 927
Brandenburg	906 098	899 643
Pommern	862 080	815 603
Sachsen (Prov.)	829 238	814 555
Westfalen	751 114	747 683
Sachsen (Agr.)	713 928	722 642
Westpreußen	709 936	697 562
Baden	684 508	684 228
Hessen-Nassau	622 907	578 218

Zusammen gab es in Deutschland am 1. Dezember 1913 20 994 344 Stück Rindvieh, am 1. Dezember 1915 dagegen 20 313 948; der Rückgang beträgt also 677 396 Stück. Wenn man die großen Schwierigkeiten berücksichtigt, denen unsere Viehhaltung während des Krieges ausgesetzt war (Futtermangel, Entziehung von Arbeitskräften und Pflegepersonal), so muß man sagen, daß der erwähnte Rückgang in der Stückzahl ein verhältnismäßig recht geringfügiger genannt werden kann.

Soziale Rechtsprechung

sk. Kann der Vorstand einer Ortskrankenkasse bei der Amtsenthebung eines Vorstandsmitgliedes mitwirken? Entscheidung des bayerischen Landesversicherungsamts vom 2. August 1915. Der Zimmermann E. in G. war zum Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse gewählt, vom Versicherungsamt jedoch aber seiner Stelle enthoben worden. Diesen Beschluß hob das Landesversicherungsamt auf und hiergegen erhob der Vorstand der Ortskrankenkasse Beschwerde beim bayerischen Landesversicherungsamt. Die Beschwerde wurde mit folgender Begründung als unzulässig erklärt: § 24 der Reichsversicherungsordnung lautet: „Werben von einem Gewählten Tatsachen bekannt, die seine Wählbarkeit oder seine Vertrauenswürdigkeit für die Geschäftsführung ausschließen, so hat ihn der Vorstand, wenn es sich jedoch um eine Krankenkasse handelt, die Aufsichtsbehörde seines Amtes durch Beschluß zu entheben.“ Ein Gewählter wird auf seinen Antrag durch Beschluß des Vorstandes des Amtes enthoben, wenn bei ihm während der Wahlzeit einer der gesetzlichen Ablehnungsgründe eintritt.“ Dieser Paragraph verleiht der Krankenkasse oder ihrem Vorstand als solchem keine Parteistellung. Der Vorstand dieser Bestimmung stellt der Aufsichtsbehörde nur den Inhaber des Amtes gegenüber. Auch aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen kann nicht gefolgert werden, daß der Krankenkasse oder ihrem Vorstande als solchem eine Parteistellung in allen Fällen der Amtsenthebung zukäme; insbesondere ist es nicht immer notwendig, daß die Kasse dem Inhaber des Amtes gegenüber im entgegengesetzten Interesse an der Sache beteiligt sei. Die Beteiligung eines Dritten an einem Rechtsstreit setzt voraus, daß dieser Dritte Nutzen oder Schaden von der Sache zu erwarten habe, daß der Rechtsstreit Einfluß auf ein Recht des Dritten oder dessen Ausübung äußere. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat im vorliegenden Falle das Bestehen eines rechtlichen Interesses in keiner Weise dargetan. Das Interesse an der Entscheidung einer Rechtsfrage stellt für sich allein noch kein rechtliches Interesse dar; das gilt auch dann, wenn es sich um eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung handelt. Die Kasse und ihr Vorstand haben im Gegenteil ein Interesse daran, daß die Stetigkeit der Verwaltung möglichst wenig gestört und deshalb die Zusammenfassung des Vorstandes nicht unnötigerweise geändert wird. Diefem Interesse hat die Entscheidung des Landesversicherungsamts vollkommen Rechnung getragen. Wie aus der Beschwerde hervorgeht, hält sich der Vorstand für berufen, darüber zu wachen, daß seine Mitglieder während der ganzen Amtszeit die gesetzlichen Eigenschaften besitzen; diese Aufgabe des Vorstandes ist sicherlich mit der Verrichtung eines Verfahrens nach § 24 Reichsversicherungsordnung erschöpft. Lehnt die Aufsichtsbehörde oder die vorgelegte Instanz die Enthebung ab, so ist damit die Frage in einer nach außen unanfechtbaren Weise geordnet. (Altenzeichen Kb. 7/15.)

Bekanntmachung

Zwecklose Anträge auf Altersrente sollten unterbleiben. Viele Versicherte meinen wegen der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre nun ohne weiteres ein Anrecht auf Altersrente zu haben, übersehen jedoch, daß nicht bloß das vorgeschriebene Alter, sondern auch die notwendige Zahl von Beitragswochen nachgewiesen werden muß. Um eine unnötige Belastung der Versicherungsbehörden mit aussichtslosen Rentenansprüchen zu vermeiden, ist es notwendig, die berechtigten Ansprüche zu prüfen, bevor der Erhebung von Altersrentenansprüchen immer erst im nächsten Gewerkschafts- oder Arbeiterssekretariat unter Vorlage der letzten Quittungskarte und der Aufrechnungsquittungen um Rat zu fragen. Das empfiehlt sich auch deshalb, weil in manchen Fällen zwar nicht die Altersrente, aber die höhere Invalidenrente wird angestrebt werden können. Unsere Mitglieder sollten auch in ihrem Bekanntheitskreis in der hier angeregten Weise wirken.

Die Verteilung unseres Schweine- und Rindviehbestandes

Unser Schweinebestand war während der Kriegszeit größeren Schwankungen ausgesetzt als unser Rindviehbestand. Dies hängt mit verschiedenen Umständen zusammen. Zunächst ist die Abzählung bzw. Neueinstellung von Schweinen einfacher als beim Rindvieh. Die Wiederanzucht eines Schweines beansprucht lange nicht soviel Zeit wie die Anzucht eines Kindes. Ferner wurden manche unserer Schweinezuchtgebiete ganz besonders von den Futtermittelknappheiten betroffen, da sie in hohem Maße von ausländischen Futtermitteln, vor allem von russischer Futtergerste abhängig waren. Schließlich wurde unserem Schwarm im Jahre selbst wiederholt der Krieg erklärt und zur Massenabzählung von Schweinen angeordnet, worauf wieder der Friedensschluß und die Neueinstellung erfolgte.

Während die Wichtigkeit unseres Rindviehbestandes vor allem in seiner Milch- und Butterlieferung liegt, ist das Schwein unserer eigentlicher Fleisch- und Fettlieferant. Bei unserem gewöhnlichen Fleischverbrauch entspricht in vorwiesender Weise 62 Prozent auf Schweinefleisch und nur 3 Prozent auf Rindfleisch. Die jüngst erfolgte Zerstückelung des Schweinebestandes nach der Zählung vom 1. Dezember 1915 gibt uns ein Bild über die Zahl der Schweine am Schluß des vorigen Jahres. Zu vergleichen sollen wir den Vergleichszahlen vom 1. Dezember 1913 heranziehen.

namentlich Hannover und Schleswig-Holstein. Der Rückgang erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß die Schweine in jenen Gebieten vorwiegend auf fremdem Futter (russische Futtergerste usw.) standen, das nicht in der eigenen Wirtschaft gewonnen wurde.

Die mögliche Aufrechterhaltung unseres Rindviehbestandes ist eine Frage von größter Wichtigkeit. Eine Abzählung des Rindviehs würde uns zwar für einige Zeit etwas mehr Fleisch verschaffen, aber damit würden wir gleichzeitig die Quelle verlieren, die uns die Milch und die Butter liefert. Also nicht so sehr der Fleischlieferung wegen, sondern in erster Linie der Milch- und Butterlieferung halber müssen wir unser Rindvieh nach Möglichkeit durchzuhalten suchen. Die nachteiligen Folgen einer Abzählung würden sich zudem beim Rindvieh um so empfindlicher bemerkbar machen, weil die Neuanzucht von Rindvieh eine ziemlich lange Zeit in Anspruch nimmt, während die Schweine wegen ihrer Schnellwüchsigkeit in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder ergänzt werden können.

Jüngst sind nun die Ergebnisse der Kriegszählung des Rindviehbestandes vom 1. Dezember 1915 bekannt gegeben worden. Wenn wir diese Kriegszählung mit der letzten Friedenszählung vom 1. Dezember 1913 vergleichen, so erhalten wir ein Bild von der Veränderung unseres Rindviehbestandes während der Kriegszeit. Wir wollen daher in der nachstehenden Tabelle unsere wichtigsten Rindviehgebiete in der Reihenfolge der Stärke ihres Bestandes folgen lassen.

	1. Dez. 1913	1. Dez. 1915
Bayern	3 702 735	3 701 863
Sachsen	1 650 945	1 579 069